

Krakowski, Michael

Article — Digitized Version

Privatisierung auch in Westdeutschland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Krakowski, Michael (1992) : Privatisierung auch in Westdeutschland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 8, pp. 392-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136906>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Über die bedeutenden wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland im Rahmen der Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft gerät leicht in Vergessenheit, daß auch in Westdeutschland noch eine ganze Reihe ordnungspolitischer „Hausaufgaben“ zu erledigen ist. Schon deshalb ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung eine Fortführung ihres Privatisierungsprogrammes beschlossen und die Aufmerksamkeit auf die noch bestehenden Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen und Liegenschaften gerichtet hat. In einer Marktwirtschaft sollte grundsätzlich privater Initiative und privatem Eigentum Vorrang vor staatlicher Zuständigkeit und staatlichem Eigentum gegeben werden. Eine eventuell notwendige Korrektur von Marktergebnissen aufgrund von sozialen Gesichtspunkten erfolgt dabei etwa über die Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik. Staatliches Eigentum an Wirtschaftsunternehmen ist hierfür kein geeignetes Mittel. Dies gilt nicht nur auf der Ebene des Bundes, sondern auch auf der der Länder und Kommunen. Das Privatisierungspotential ist hier beträchtlich und wird in der öffentlichen Diskussion häufig übersehen.

Die hier genannten Prinzipien werden auch von der Bundesregierung vertreten. Gleichwohl finden sich immer wieder Begründungen für staatliche Beteiligungen, die implizit oder explizit auf der Annahme beruhen, staatlicher Einfluß auf Unternehmen könne zu Vorteilen im internationalen Wettbewerb – auf Bundesebene – oder im interregionalen Wettbewerb – auf Landes- und kommunaler Ebene – führen. Dies findet sich auch im neuen Privatisierungsbericht der Bundesregierung wieder. So wird bei der Deutschen Lufthansa angemerkt, daß bis zur Vollendung des EG-Binnenmarktes eine Sperrminorität „in Anbetracht noch bestehender Staatsbeteiligungen anderer



Michael Krakowski

Privatisierung auch in Westdeutschland

Länder angemessen“ sei. Ist man aber der Überzeugung, daß private Initiative und privates Eigentum zu den besten Ergebnissen führen, dann sollte es in der Regel gleichgültig sein, ob andere Länder eine andere Politik verfolgen. Sie würden sich dann nur selber schaden. Im übrigen hat sich auch in Europa gezeigt, daß vollständig privatisierte Fluglinien erfolgreich sein können.

Ähnlich sind die häufig mit Arbeitsplatzargumenten verteidigten industriellen Beteiligungen von Bundesländern zu beurteilen. Sie werden regelmäßig bei Standortentscheidungen der betroffenen Unternehmen ins Spiel gebracht. Folgerlos wäre dabei eine Beteiligung, wenn ein Unternehmen die von Ländenseite her gewünschte Standortentscheidung ohnehin getroffen hätte. Ist dies aber nicht der Fall, so schwächt die staatliche Einflußnahme das Unternehmen und gefährdet langfristig auch die für die Region neu gewonnenen Arbeitsplätze. Sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene sollte auf Industrie- und Strukturpolitik über staatliche Beteiligungen an Wirt-

schaftsunternehmen verzichtet werden.

Die Privatisierung der klassischen Industriebeteiligungen des Bundes ist inzwischen schon weit fortgeschritten. Schritte in Richtung auf eine materielle Privatisierung der Sondervermögen Deutsche Bundespost und Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn dagegen sind noch immer nicht eingeleitet. Es scheint, als würden die tatsächlich bestehenden verfassungsrechtlichen Probleme als Vorwand benutzt, um einschneidende Maßnahmen immer wieder hinauszuschieben. Sicherlich sind hier – schon wegen der Größe der Vermögen – die politischen Widerstände gegen eine Privatisierung und die praktischen Probleme ihrer Umsetzung besonders bedeutend. Dem steht aber ein potentiell hoher Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftswachstums in Deutschland gegenüber, wenn in den Bereichen Post, Telekom und Bahn stärker privates Kapital mobilisiert und Leistungen von privaten Anbietern im Wettbewerb mit dann wohl größerer Effizienz und Innovationsgeschwindigkeit erstellt würden.

Die Umbruchsphase, in der sich Deutschland mit der Bewältigung der Folgen der Wiedervereinigung befindet, ist von hohen Risiken, aber auch großen Chancen geprägt. Zu den Chancen zählt eine neue Sensibilität für Ordnungspolitik, sowohl für ihre potentiellen Erträge als auch für die vorübergehenden Anpassungskosten. Wenn in Ostdeutschland mit dem Übergang zur Marktwirtschaft hohe Anforderungen an die Flexibilität der Arbeitnehmer gestellt werden, so sollte auch in Westdeutschland die Akzeptanz für wachstumssteigernde Maßnahmen erhöht werden können, bei denen für die konkret Betroffenen ein Umdenken und ein Anpassungsprozeß notwendig sind. Die Privatisierung der Bereiche Post und Bahn wäre eine solche Maßnahme.